Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bouwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 245 | Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis: Durch die Post oder durch die Geschäftsstelle Mk. 10,20 vierteljährlich. | Halver Freitag, den 12 November 1920 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite 20 Pfg., auswärts 25 Pfg., im Reklamenteil 1 mm hoch 90 mm breit 60 Pfg. | 20. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

• Der Reichspräsident hat eine Verordnung zum Schutz der Bevölkerung gegen wilde Streiks und Aussperrungen in lebenswichtigen Betrieben erlassen.

• Nach einer Meldung soll dem Vernehmen nach in Regierungskreisen der Gedanke erörtert werden, vom 1. April 1921 ab die Zwangsbewirtschaftung der Milch aufzuheben.

• Der 9. November ist ruhig verlaufen; es ist fast überall gearbeitet worden.

• In Berliner politischen Kreisen verlautet, daß die Neuwahlen in Preußen erst am 20. Februar stattfinden sollen.

• Das Gesuch Österreichs um Aufnahme in den Völkerbund ist an den Völkerbund abgesandt worden.

• Zum Nachfolger des französischen Botschafters Paul Cambon in London ist der bisherige französische Botschafter in Madrid, de Saint-Aulaire, ernannt worden.

• Nach einer Meldung aus Brüssel soll die in der Wiederherstellungsfrage vorgesehene Sachverständigenkonferenz am 20. November in Brüssel eröffnet werden.

Gegen wilde Streiks.

Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die Stillegung von Betrieben, welche die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen.

Auf Grund des Artikel 48 Absatz 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit für das Reichsgebiet folgendes:

§ 1. In Betrieben, welche die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen, sind Aussperrungen und Arbeitsniederlegungen (Streiks) erst zulässig, wenn der zuständige Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch gefällt hat und seit der Verkündung des Schiedsspruche mindestens drei Tage vergangen sind. Wer zu einer nach Absatz 1 unzulässigen Aussperrung oder Arbeitsniederlegung auffordert oder zur Durchführung eines solchen Streiks an Maschinen, Anlagen oder Einrichtungen Handlungen vornimmt, durch die die ordnungsmäßige Fortführung des Werkes unmöglich gemacht oder erschwert wird, wird mit Gefängnis oder Geldstrafe bis 15 000 Mark bestraft. Ebenso wird bestraft, wer eine nach Absatz 1 unzulässige Aussperrung vornimmt.

§ 2. Werden durch Aussperrung oder Arbeitsniederlegung Betriebe der genannten Art ganz oder teilweise stillgelegt, so ist der Reichsminister des Innern berechtigt, Notstandsarbeiten und Notstandsversorgungen zu sichern sowie alle Verwaltungsmaßnahmen zu treffen, die zur Versorgung der Bevölkerung oder zur Weiterführung des Betriebes geeignet sind. Hierzu gehört auch die Herbeiführung der Befriedigung berechtigter Ansprüche der Arbeitnehmer. Die durch derartige Anordnungen entstehenden Kosten fallen dem Betriebsunternehmer zur Last.

§ 3. Arbeiter, Angestellte und Beamte, welche in Beachtung der Bestimmung des § 1 die Arbeit in den genannten Betrieben weiterführen oder gemäß § 2 angeordnete Notstandsarbeiten oder Arbeiten zur Sicherung der Notstandsversorgung leisten, dürfen dieserhalb in keiner Weise wirtschaftlich benachteiligt werden.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem 10. November in Kraft.

Berlin, den 10. November 1920.

Der Reichskanzler gez. Fehrenbach. — Der Reichspräsident gez. Ebert.

Außerordentliche Mittel.

Der Berliner Polizeipräsident mußte sich auf das preußische allgemeine Landrecht vom Jahre 1793 berufen, um den Oberbürgermeister zur Wahrung der Pflichten gegenüber der reichshauptstädtischen Bevölkerung aufzurufen. Erreicht wurde damit lediglich, daß die äußerst engbemessenen Notstandsarbeiten statt von der dazu bestimmten Technischen Nothilfe, von den ausständigen Elektrizitätsarbeitern selbst verrichtet wurden; wie man zugeben muß, ein sehr mäßiger Erfolg. Aber nun kommt der Reichspräsident in eigener Person und erläßt, unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers selbstverständlich, eine „Verordnung, betreffend die Stillegung von Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen". Er stützt sich dabei auf das neueste Gesetzeswerk größeren Stils, das wir aufzuweisen haben, auf die Weimarer Verfassung. Auf ihren berühmten Artikel 48, Absatz 2, der „Zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit" das Reichsoberhaupt ermächtigt, Ausnahmemaßregeln zu verhängen, Belagerungs-, Kriegszustand, oder was sonst er zur Aufrechterhaltung des inneren Friedens für erforderlich hält.

Gewiß hat niemand in der Deutschen Nationalversammlung an solche Möglichkeiten gedacht, als diese Bestimmung in die neue Reichsverfassung aufgenommen wurde. Sie hat bisher gegen Störungen von rechts wie von links Anwendung gefunden, in politischem Tageskampf also, sobald dieser mit Waffengewalt sein Ziel zu erreichen suchte. Jetzt muß sie auch dazu dienen, um die Machtmittel des Staates im Wirtschaftskampf gewisser Teile der Arbeiterschaft zu verstärken, was von dieser Seite her ohne Zweifel den schärfsten Widerspruch herausfordern wird. Wenn sich aber die Reichsregierung, in voller Übereinstimmung übrigens mit der sozialistischen Regierung in Preußen, trotzdem zu diesem Schritt entschlossen hat, so muß ihr eben schon gar kein anderer Ausweg mehr aus der unerträglichen Verwilderung unserer öffentlichen Zustände zur Verfügung gestanden haben. Wir sind wieder einmal soweit, daß Gewalt nur durch Gewalt unterdrückt werden kann. Eine Regierung, die nicht bereit ist, daraus die erforderliche Nutzanwendung zu ziehen, müßte unbarmherzig davongejagt werden.

Im übrigen ist es gar nicht so sehr viel, was die Verordnung des Reichspräsidenten enthält. Sie hütet sich, den Arbeitern in Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken das Streikrecht zu nehmen, sie bindet nur seine Ausübung an die vorhergehende Fällung eines Schiedsspruches und an eine Frist von drei Tagen, die seit der Bekanntgabe des Schiedsspruches verstrichen sein müssen. Mittelbare oder unmittelbare Vergehungen gegen die Vorschrift werden unter Strafe gestellt, und es wird, wenn es trotzdem zu Aussperrungen oder Ausständen in solchen Betrieben kommt, dem Reichsminister des Innern die Ermächtigung zugesprochen, Notstandsarbeiten und Notstandsversorgung der Bevölkerung sicherzustellen, zu Lasten des Betriebsunternehmers. Den Schluß bildet ein Schutzparagraph zugunsten derjenigen Arbeiter, Angestellten und Beamten, die während eines Streiks oder einer Aussperrung Notstandsarbeiten verrichten.

Man sieht also, daß hier wirklich nur ein Mindestmaß von Bestimmungen getroffen ist, die erforderlich sind, um den Fortgang des öffentlichen Lebens gegen Streikwillkür zu verbürgen. Nicht einmal eine so große Stadtgemeinde wie Berlin hat sich in vorliegendem Falle imstande gezeigt, die elementarsten Interessen ihrer Bevölkerung zu wahren; wie kann man da von kleineren Unternehmern erwarten, daß sie sich aus eigener Kraft helfen sollen, wenn gegen ihre Werke in gleicher Weise vorgegangen wird, wie jetzt gegen diejenigen von Groß-Berlin. Das Eingreifen der Reichsgewalt muß deshalb als notwendig bezeichnet werden, das um so mehr, als hinter den Streikhetzern, mit denen man es diesmal zu tun hat, politische Machtfaktoren wirksam sind, die es auf ganz etwas anderes als auf höhere Entlohnung der Elektrizitätsarbeiter abgesehen haben. Herr Sylt, der diese ganze Bewegung auf dem Gewissen hat, der erklärt hat, über Leichen gehen zu wollen, wenn seine Forderungen anders nicht durchzusetzen sind, der geprahlt hat, ganz Berlin müsse springen, wenn er auf den Knopf drücke, ist einer der rabiatesten Kommunisten der Reichshauptstadt, gegen den selbst die sonst angesehensten Gewerkschaftsführer nicht mehr aufzukommen vermöchten.

Es wird zweifellos schwere Kämpfe setzen, aber die Regierung mußte schließlich einmal den Fehdehandschuh aufnehmen, der ihr immer wieder hingeschleudert wird. Der Reichstag und in ihm namentlich die Sozialdemokratie, wird sich zu entscheiden haben, ob in diesem der Staatsgewalt aufgezwungenen Kampf die öffentlichen Interessen siegen sollen oder der Machtdünkel einer verschwindenden Minderheit, die allem, was nicht zu ihr steht, den Tod geschworen hat.

Noch immer Elektrizitätsstreik.

Berlin, 10. November.

Die Hoffnung, daß heute morgen durch die allseitige Aufnahme der Arbeit das Leben wieder seinen gewohnten Gang gehen könne, war vergeblich. Enttäuscht mußten die Hunderttausende von Berufstätigen feststellen, daß die Straßenbahnen noch immer nicht fuhren. Die bisher geführten Verhandlungen mit den ausständischen Elektrizitätsarbeitern haben immer noch nicht zum Ziele geführt, und so blieb alles in der Schwebe — einstweilen. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß in den allernächsten Augenblicken der Streik so oder so sein Ende finden muß, zumal die überwiegende Mehrheit der Arbeiter ihn ablehnt.

Plakate, von ungewissen Verfassern herausgebracht, forderten an den Straßenecken zum Generalstreik auf. Bei den Unterzeichnern der Plakate figurierten die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands", die „Kommunistische Partei Deutschlands" und die „Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands". Aber bald erklärten die linke U. S. P. D. und K. P. D. ihre Unterschriften als gefälscht, und die Neukommunisten Däumig und Adolph Hoffmann lehnen persönlich jede Beziehung zu den Generalstreikrufen ab. Also schließlich will niemand von dem Generalstreik etwas wissen, womit für den wilden Streik der Elektrizitätsarbeiter und der auch diesmal im getreuen Gefolge marschierenden Straßenbahner jede moralische Stütze entfällt.

Gewaltstreiche.

Eine große Anzahl unbekannter Arbeiter drang am Mittwoch mittag in die Gasanstalt auf der Danziger Straße ein und verlangten, daß die Gasanstaltsarbeiter noch einmal über den Streik abstimmten. Dem Drängen dieser Leute folgend wurde auf Verlangen des Betriebsrates diese Abstimmung sofort vorgenommen mit dem Ergebnis, daß der Streik erneut abgelehnt wurde. Nach einiger Zeit drangen etwa 1000 Arbeitslose in die Gasanstalt ein, setzten gewaltsam den Betriebsrat ab und verlangten die Einsetzung eines politischen Arbeiterbeirates, der von den Arbeitslosen sofort gestellt wurde. Daraufhin wurde der Streik in der Gasanstalt proklamiert. Die Staatsbehörden sind hiervon in Kenntnis gesetzt.

In das Verwaltungsgebäude der Berliner Organisation des Deutschen Metallarbeiterverbandes drang eine Anzahl K. A. P. D.- und Arbeiterunion-Leute ein und verlangte von der Organisationsleitung, daß sie den Generalstreik proklamiere. Als das abgelehnt wurde, wurden die Revolutionäre tätlich und mußten zum Hause hinausgeworfen werden.

Stillstand einiger Gaswerke.

Seit Dienstag sind auch die Gasarbeiter in Charlottenburg und Tegel im Streik. Die Notstandsarbeiten werden ausgeführt. Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sind Schritte unternommen worden, um vermittelnd einzugreifen.

Ein Mittagsblatt meldet, gegen den Kommunisten Sylt, den Führer des wilden Streiks in den Elektrizitätswerken, sei schon vor dem Streikausbruch wegen verschiedener strafbarer Verfehlungen der Haftbefehl ergangen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

× **Frankreich fordert die Milchkühe an.** Der Wiedergutmachungsausschuß hat die deutsche Regierung aufgefordert, in einer in Paris am 15. November stattfindenden Sitzung sich darüber zu äußern, in welchem Umfange Deutschland in der Lage ist, den von Frankreich, Belgien, Italien und Serbien auf Grund des Friedensvertrages angemeldeten Ansprüchen auf Rindvieh, Pferde und Schafe zu entsprechen. Die deutsche Regierung wird eine Kommission von Sachverständigen zu dieser Sitzung entsenden.

✣ **Die Danziger Verträge unterzeichnet!** Die Vertreter der freien Stadt Danzig in Paris haben den Vertrag Danzigs mit Polen sowie die Konstituierungsakte und ein Zusatzprotokoll unterzeichnet. Die Danziger Delegation, Oberbürgermeister Sahm, Abgeordneter Schirmer sowie Stadtrat Schwarz, die sich nach dem Quai d'Orsay begeben hatte, wurde im sogenannten Ehrensaale, in dem die feierliche Unterzeichnung der Staatsverträge stattzufinden pflegt, von dem Gesandten Laroche als Vertreter des verhinderten Vorsitzenden der Botschafterkonferenz Jules Cambon empfangen. Der Unterzeichnung wohnten außer Laroche bei: der französische Sekretär der Botschafterkonferenz Massigli und der englische Botschaftersekretär Carr, die als Urheber des Vertragsentwurfes der Konferenz wiederholt genannt wurden, ferner ein Vertreter Italiens und Japans.

✣ **Strafverfolgung eines betrügerischen Abgeordneten.** Der bayerische Landtag genehmigte die Strafverfolgung des Abgeordneten Gandorfer wegen Veruntreuung staatlicher Gelder. Aus dem Schreiben des Justizministeriums geht noch hervor, daß nach Mitteilung der Erfassungsstelle für Heeresgut Gandorfer vor einigen Wochen bei einer Sitzung im Landwirtschaftsministerium zugegeben hat, daß 960 000 Mark durch Hineinschieben von Kriegsanleihe in die Barerlöse von Pferdeversteigerungen erzielt worden seien; diese Summe sei auf Anforderung von Eisner und Genossen für die Finanzierung der Revolution verwendet worden.

✣ **Freilassung deutscher Konsuln in Amerika.** Nach den neuesten amerikanischen Blättermeldungen sind jetzt der ehemalige deutsche Generalkonsul Franz Bopp und der Konsul E. v. Schack, die vor dem Kriege die deutschen Interessen in San Franzisko vertraten, begnadigt und aus dem Zuchthause von Leavenworth (Kansas) entlassen worden. Beide Beamte waren im Jahre 1918 in San Franzisko der Verletzung der Neutralitätsgesetze überführt und zu je fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil sie eine Verschwörung gegen die britische Regierung in Indien gefördert haben sollten.

Großbritannien.

× **Schwere Unruhen in Indien.** Nach Meldungen aus Indien sind dort neue schwere Unruhen ausgebrochen. Man fürchtet für das Leben des Prinzen von Wales, so daß er seine Reise vorzeitig beendete. Besondere Erregung herrscht in den Kreisen der indischen Studenten. Eine große Anzahl indischer Hochschulen ist geschlossen worden.

× **Die Iren drohen mit Repressalien.** Der englische Generalsekretär von Irland hat vom Präsidenten der Vereinigung der Irischen Gesellschaften in Amerika folgende Mitteilung erhalten: Wenn vom 14. November ab noch weitere Repressalien in Irland vorkommen, werden wir mit Repressalien in Amerika gegen die Engländer antworten. Für jeden Mann, Frau oder Kind, die nach dem 14. November von Polizisten oder englischen Soldaten getötet werden, werden drei Engländer in Amerika zu büßen haben.

Amerika.

× **Keine Gnade für Landesverräter.** Präsident Wilson hat ein Gesuch um Begnadigung des wegen Einverständnisses mit dem Feinde zu 10 Jahren Gefängnis verurteilten sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Debs abgelehnt. Wilson ist der Ansicht, daß, wenn in diesem Falle Begnadigung erfolgen würde, dies eine Ermutigung zum Landesverrat im Falle eines künftigen Krieges sein würde.

Rußland.

× **Das Sowjetparadies!** Ein Dekret des Rates der Moskauer Volkskommissare schafft sämtliche Zahlungen für wirtschaftliche Leistungen des Staates ab. Hierunter fallen auch die Abgaben für Gas, Elektrizität, Wasser und Telephon, sowie die Kosten für öffentliche Bauten. Spätestens am 1. Januar werden die Zahlungen für den Passagier- und Güterverkehr abgeschafft. Der Grund für diese Freigebigkeit der Sowjetregierung ist der, daß die Preise für die einfachsten Lebensbedürfnisse unermeßlich hoch sind, so daß sie doch kein Mensch, mit Ausnahme der Schieber und der höheren Sowjetbeamten, mehr erschwingen kann. Das Dekret wird aber wohl das Schicksal seiner Vorläufer teilen und auf dem Papier bleiben; denn Telephon, öffentliche Bauten und Passagierverkehr gibt es schon lange nicht mehr.

Aus In- und Ausland.

Brüssel. Die polnische und die litauische Regierung haben sich mit einer Volksabstimmung in den strittigen Gebieten, wie sie auf der Völkerbundsratssitzung in Brüssel vorgeschlagen sei, einverstanden erklärt.

Sebastopol. Die Reiterarmee Budiennys, die an der Südfront in einer Stärke von 11 000 Mann gegen die Truppen Wrangels kämpft, wurde in der Gegend von Nikopol von Wrangelschen Kolaken zersprengt. Das 78. Sowjet-Kavallerie-Regiment wurde dabei gefangen und acht Geschütze erbeutet.

Bayern und die Einwohnerwehren.

Programmrede des Ministerpräsidenten.

Im bayerischen Landtag gab Ministerpräsident v. Kahr die lange erwartete politische Erklärung ab. Er betonte, daß Bayern im Namen der Reichsverfassung durchaus berechtigt sei, äußere Politik zu treiben und sein Ministerium das

Veranlassung, auf die Notwendigkeit einer besseren Verständigung und Fühlungnahme zwischen Arbeitern und Angestellten hinzuweisen. Arbeitersekretär Dippel-Schalksmühle überbrachte die Grüße der evangelischen Arbeitervereine und betonte, daß gerade bei der heutigen Entwicklung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung auf die Unterstützung der konfessionellen Vereine nicht verzichtet werden könne. Folgende Entschließung wurde sodann einstimmig angenommen:

Die am 7. November im Wilhelmshof in Hagen versammelte 1. Vertretertagung des Deutschen Gewerkschafts-Bundes Bezirk Märkisches Sauerland stellt mit Befriedigung die Aufwärtsbewegung der dem D. G. B. angeschlossenen Organisationen im hiesigen Bezirke fest. Von dem Gedanken ausgehend, daß es nur im vereinten Schaffen möglich sein wird, eine Gesundung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse herbeizuführen, versprachen die versammelten Vertreter, alles daran zu setzen, um auch die weitere Erstarkung ihrer Organisationen sicherzustellen. In diesem Sinne wendet sich die Vertretertagung an die gesamten Arbeiter und Angestellten des märkischen Sauerlandes mit der Mahnung, dem Streben der Arbeitgeber durch lückenlosen Ausbau ihrer Organisationen die Interessen der Unternehmer zur Geltung zu bringen, ein entsprechendes Gegengewicht zu schaffen. Die hartnäckigen Versuche radikalsozialistischer Kreise, die deutsche Arbeiterbewegung für ihre politischen Pläne zu mißbrauchen, zwingt die deutsche Arbeitnehmerschaft, sich den im D. G. B. zusammengeschlossenen Organisationen anzuschließen, die, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft bestrebt sein werden, unter Ausschaltung alles Trennenden auf dem Boden wahrer Volkssolidarität für die berechtigten Forderungen der deutschen Arbeiter und Angestellten einzutreten.

In einem packenden Schlußwort nahm Herr Hollmann Gelegenheit, auf den imposanten Verlauf der Tagung hinzuweisen und bat, nun mit verdoppeltem Eifer an der Stärkung des D. G. B. zu arbeiten, um die Möglichkeiten für eine ersprießliche Arbeit im Interesse des gesamten Volkes zu schaffen.

Turnen, Spiel und Sport.

= **Halver**, 12. Nov. 1920.

Am Sonntag, den 14. ds. Mts. finden auf dem Sportplatze Carlshöhe 2 Meisterschaftsspiele statt. Um 1,30 Uhr wird sich die dritte Mannschaft Plettenberg gegen unsere zweite Mannschaft, um 3 Uhr die erste Mannschaft Brügge gegen unsere erste Mannschaft stellen. Da Brügge bis jetzt noch Meister in der C-Klasse ist, so muß Halver alles aufbieten, um keine Niederlage zu erleiden. Deshalb Sportfreunde und Gönner, auf zur Carlshöhe am Sonntag. Unseren Spielmannschaften aber wünschen wir vielen Erfolg.

Nah und Fern.

⊙ **Errichtung eines sozialstudentischen Amtes.** In München fand eine sozialstudentische Tagung statt, die von über 60 in der Jugendfürsorge und im Volksbildungswesen tätigen Organisationen des gesamten deutschen Sprachgebietes beschickt war. An den Verhandlungen nahmen als Vertreter der Hörerschaft der Volksbildungskurse auch Arbeiter teil. Die Tagung ergab vollkommene Einigkeit über die Ziele, wenn auch die Wege verschieden blieben. Als wichtigstes Ergebnis des Kongresses darf der Beschluß auf Errichtung eines sozialstudentischen Amtes der deutschen Studentenschaft betrachtet werden, das als Auskunfts- und Vermittlungsstelle für alle sozial arbeitenden studentischen Ortsgruppen gedacht ist.

○ **Rückkehr der Rumplerflugzeuge.** Die vor drei Wochen in Wien von der Entente beschlagnahmten drei Rumplerflugzeuge sind am 9. November nach einer Flugdauer von 2½ Stunden in München wieder angekommen.

⊙ **Köln als Kongreßstadt.** Die in letzter Zeit öfters ausgesprochene Bitte, das besetzte Gebiet nicht zu meiden, ist nicht ungehört verhallt. Nachdem kürzlich der Reichsverband der deutschen Presse seine Tagung in Köln abgehalten hat, werden der preußische und der deutsche Städtetag vom 18. bis 20. November ihre Hauptausschüsse dort tagen lassen.

⊙ **Schillerfeier in Wien.** Aus Anlaß des Geburtstages Friedrich Schillers fand in Wien ein imposanter Fackelzug der deutschnationalen Studentenschaft und der nationalen Vereine und Landsmannschaften statt. Der Zug bewegte sich von der Universität über die Ringstraße zum Schillerplatz, wo vor dem Denkmal Schillers Kränze niedergelegt und Reden gehalten wurden, die sämtlich in dem Gedanken des Anschlusses an Deutschland wurzelten. Mit der Absingung deutschnationaler Lieder endete die Feier.

⊙ **Japanische Hilfe für die deutsche Wissenschaft.** In Japan sind verschiedene Hilfsaktionen für die deutsche Wissenschaft veranstaltet worden. So hat Hoshi, Präsident der Pharmazeutischen Gesellschaft, einen Betrag von zwei Millionen Mark gestiftet. Ferner haben in dankbarer Erinnerung an ihre in Heidelberg verlebten Studienjahre drei japanische Professoren der Medizin, G. Ogawa, K. Inoune und R. Nishi, unter ihren Kollegen, die ebenfalls dort studierten, eine Geldsammlung veranstaltet. Der Betrag wurde dem Bürgermeister von Heidelberg zur freien Verfügung überwiesen.

○ **Ein langlebiges Geschlecht.** Aus Lemgo in Lippe berichtet man über ein seltenes Familienereignis. Einem dortigen Ehepaar wurde ein Mädchen geboren, das nicht nur von Eltern, Großmutter und Urgroßmutter, sondern auch noch von der Urahne freudig begrüßt wurde.

○ **Heilung von Magenkrebs.** In Hamburg stellte Dr. Rollin zwei geheilte Fälle von Magenkrebs vor. Die Heilung war eingetreten durch Injektionen von Blut, das Andern entnommen war. Die zwei geheilten Personen waren bereits dem Tode nahe.

⊙ **Ein Pariser Monument eingestürzt.** Das Monument, das vor dem Pariser Rathaus für die Feierlichkeiten am 11. November errichtet worden war, ist plötzlich eingestürzt. Es wurde glücklicherweise niemand verwundet.

⊙ **60 Millionen Brandschaden.** Das Eisenwalzwerk in Krompach bei Kaschau ist durch einen Brand gänzlich eingeäschert worden. Der Schaden beträgt 60 Millionen Kronen. Die Arbeiterschaft wird in anderen Unternehmungen beschäftigt werden.

⊙ **Die Hungersnot in China.** Einer Pekinger Meldung zufolge erstreckt sich die Hungersnot in China über ein viel größeres Gebiet, als man bis jetzt glaubte. 58 Millionen Menschen leiden Mangel, 14 Millionen sind vom Hungertode bedroht.

○ **Teure deutsche Weine.** Im Kloster Eberbach, der größten deutschen staatlichen Domänenkellerei im Rheingau, gibt es zurzeit folgende Edelweine: 97er Hattenheimer Kabinett mit 240 Grad Öchsle, 93er Steinberger Kabinett mit 180 Grad und 1911er Hochheimer Kabinett mit 170 Grad Öchsle. Von allen diesen Weinen ist keiner nach Verlassen des Fasses unter 1000 Mark die Flasche zu halten; die Flasche des erstgenannten Hattenheimer wird auf ungefähr 1450 Mark berechnet!

○ **Feuergefecht im Braunschweiger Schlachthof.** In Braunschweig drangen sechs Einbrecher in den Kassenraum des Schlachthofes ein. Sie wurden vom Schlachthausdirektor und dem Schmelzmeister überrascht, und es entwickelte sich ein Pistolenfeuergefecht. Die beiden Schlachthofbeamten wurden leicht verletzt. Die Einbrecher entkamen unerkannt.

⊙ **Ein Valutaproblem.** Die tschecho-slowakische Regierung hatte ihre Kronennoten bisher in Amerika herstellen lassen. Nun hat sie die Rechnung darüber erhalten. Infolge des Standes der tschechischen Valuta wird von Amerika ein Herstellungspreis berechnet, wonach für eine Ein-Kronen-Note — 35 Kronen bezahlt werden müssen. (Nicht auszudenken!)

○ **Das Geständnis auf dem Sterbebett.** Der 68jährige Invalide Schimmeyer in Aschersleben legte auf dem Sterbebette das Geständnis ab, daß er vor Jahren bei verschiedenen Wildereien drei Forstbeamte erschossen hat, in Schönweida, Batterode und Harzerode. Die Verbrechen konnten damals nicht aufgeklärt werden. In zwei Fällen bezeichnete er auch die Stellen, in denen er die Leichen verscharrt hatte. Noch bevor er die dritte Stelle angeben konnte, starb er.

○ **Die Beraubung der Heiligen.** Bei der Beraubung des Sarges der Heiligen Elisabeth in der Elisabethkirche zu Marburg haben die Diebe 193 Edelsteine und 12 Perlen im Werte von zwei Millionen Mark erbeutet. Außerdem wurden wertvolle Filigranarbeiten gestohlen. Der historische Wert der Gegenstände ist sehr groß.

○ **Keine Mindestfahrpreise für Schnellzüge mehr.** Die Benutzung von Schnellzügen im Nahverkehr bis zu 75 Kilometer ist jetzt zum Teil von der Bezahlung eines Mindestfahrpreises abhängig. Dieser beträgt in 1. Klasse 51 Mk., in 2. Klasse 30 Mk. und in 3. Klasse 15 Mk. Das Reichsverkehrsministerium hat jetzt diese Mindestfahrpreise aufgehoben, soweit sie auf den Reichseisenbahnen noch bestehen. Die Aufhebung tritt mit dem 1. Dezember in Kraft.

Aktiengesellschaften.

Geschichtliches. — Wie man sich die Mehrheit sichert. — Orenstein und Koppel. — Verwaltung und Stammaktionäre. — Der gefährliche preußische Staat.

An den deutschen Börsen herrscht fieberhaftes Leben. Papiere werden in nie gesehenem Maße gehandelt, die Kurse klettern in schwindelhafte Höhen — oder sinken abgrundtief, je nachdem! Besonders sind deutsche Aktien gefragt, seitdem es klar erkennbar wird, daß die führenden Köpfe unserer Industrie- und Finanzwelt auf dem Wege sind, unser vertrachtes Wirtschaftsleben großzügig und auf breiter Basis wieder aufzubauen. Immer wieder tauchen die Worte auf: Aktiengesellschaft, Stamm-, Prioritäts- und sonstige Aktien, der dem Getriebe Fernstehende macht drei Kreuze und denkt, das sei auch wieder so eine Errungenschaft der letzten Jahrzehnte. Dem ist nun keineswegs so.

Handelsgesellschaften, ähnlich unseren Aktiengesellschaften, gibt es bereits seit über 500 Jahren. Zum ersten Male finden wir ein solches Gebilde im Jahre 1404 in Genua, das den frommen Namen „Bank des heiligen Bernhard" führte. Auch die bekannte Bank von England hat ein ehrwürdiges Alter; sie erhielt ihr erstes Statut im Jahre 1694. Besonders in die Erscheinung traten solche Gesellschaften aber erst seit der Entdeckung der neuen Welt und dem danach rapide einsetzenden Überseehandel. Handelskompagnien war ihr Name, ihre Form diejenige von staatlich privilegierten Aktiengesellschaften. In schneller Folge bilden sich die Englisch-ostindische (1599), Holländisch-ostindische (1602), Holländisch-westindische (1621) usw. In Deutschland allerdings war damals kein Raum für solche Gebilde, und die Entwicklung setzte erst viel später ein. Von einzelnen Unternehmungen abgesehen, waren es die sogenannten „Gründerjahre", die Zeit nach dem siegreichen Kriege von 1870/71, und die folgende neuzeitlich geregelte Handelsgesetzgebung, die nun allerdings gleich schlagartig in Deutschland das entstehen ließen, was man heute Aktiengesellschaften nennt.

Die gewöhnlichste Form der heutigen Aktiengesellschaften ist eine Handelsgesellschaft, bei der sich sämtliche Gesellschafter (Aktionäre) nur mit Einlagen, die mindestens 1000 Mark nominell betragen, beteiligen, ohne darüber hinaus persönlich zu haften. Die Summe der Aktien stellt das Stamm-Aktienkapital dar. Darüber hinaus gibt es noch sogenannte Prioritätsaktien, das heißt solche, die mit besonderen Vorrechten ausgestattet sind: garantierte oder höhere Dividenden, oder vermehrtes Stimmrecht gegenüber den Stammaktien. Ein Vorrecht, das unter Umständen zu eigenartigen Manipulationen führt, wie kürzlich in einem Artikel der Kölnischen Zeitung drastisch dargelegt worden ist. Dieser behandelt die bekannte Orenstein u. Koppel A.-G. Hier liegt der Fall vor, daß durch Ausgabe von Prioritäten versucht werden soll, die Stimmenmehrheit in die Hand der Direktion und zwar speziell des Direktors Orenstein zu bringen. Wie das geschehen soll, das charakterisiert die Kölnische Zeitung folgendermaßen:

„Wie bekannt, hat er (Orenstein) angekündigt, daß acht Millionen Mark 7 %ige Vorzugsaktien ausgegeben und einer Übernahmegruppe behändigt werden sollen, die bei dem Gebrauch des Stimmrechts aus diesen Aktien verpflichtet ist, mit der Verwaltung, d. h. mit Herrn Orenstein, zu stimmen. Einen eigenartigen Reiz gewinnt dieser Vorschlag, wenn man weiß, daß der Besitz der Orensteinschen Verwaltung an Aktien ihres Unternehmens nur gering ist, die Verwaltung es also unterlassen hat, das Wagnis eigenen Aktienbesitzes auf sich zu nehmen und sich auf diese Weise gegen unvorhergesehene Überfälle zu sichern. Die Ausgabe der Vorzugsaktien soll ihr also ein sehr bequemes und billiges Mittel an die Hand geben, um das ganze Unternehmen in ihre Gewalt zu bringen und den Einfluß der Stammaktionäre völlig auszuschalten. Daß das in der Tat die Folge sein würde, wird ohne weiteres klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Besitz an Orensteinaktien außerordentlich zersplittert ist und sich in zahllosen kleinen und kleinsten Händen befindet, die nur schwer oder gar nicht zu gemeinsamem Vorgehen und zu gemeinsamer Verteidigung ihrer Rechte zusammenzubringen sind. Anderseits geben die mit sechsfachem Stimmrecht ausgestatteten Vorzugsaktien der Verwaltung eine Stimmenzahl, die den Stimmen von 48 Millionen Mark Stammaktien entspricht, während das gesamte Stammaktienkapital nur 60 Millionen Mark beträgt. Die Verwaltung würde also, wenn die bevorstehende Aktionärversammlung den Wünschen des Herrn Orenstein entspricht, in allen Fällen eine gewaltige Stimmenmehrheit in der Hand haben und ganz nach Belieben mit dem Unternehmen und den Stammaktionären ebenso schalten und walten können."

Dieser Vorfall erinnert an einen anderen, länger zurückliegenden, nicht gleichen aber ebenfalls interessanten. Es war zu der Zeit, als der „lange Möller" noch preußischer Handelsminister war und den Versuch machte, durch Ankauf der Mehrheit der Aktien der großen Zeche Hibernia dem Staat einen bestimmenden Einfluß im rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat zu sichern. Die Aktion mißlang, der Staat erhielt die Mehrheit der Aktien nicht. Und nun kommt das Eigenartige: die Generalversammlung der Hibernia beschloß eine beträchtliche Erhöhung des Aktienkapitals und machte die neuen Aktien den Aktionären in einem gewissen Verhältnis zugänglich. Ausgenommen von dem Bezugsrecht wurde aber — der preußische Staat, der doch auch einen Teil der Aktien besaß, und zwar mit der Begründung, „daß der Staat für den Bestand der Gesellschaft gefährlich sei". Das gab einen Mordsprozeß zwischen Gesellschaft und Fiskus, erstere aber behielt recht.

Welt- und Volkswirtschaft.

✱ **Deutsch-russischer Warenaustausch.** Im Gebäude der Außenhandelsstelle des Auswärtigen Amts hat eine Gründung stattgefunden, die als der erste bedeutsame Schritt zur Wiederaufnahme der deutsch-russischen Beziehungen anzusprechen ist. Unter Teilnahme der führenden Kreise des Handels, der Industrie und der Arbeitnehmerschaft wurde eine Spitzenorganisation errichtet, die in Form einer Treuhandgesellschaft zur Vermittlungsstelle des deutschen Handels nach Rußland und des Exports Rußlands nach Deutschland werden wird. Mit der russischen Regierung sind Verhandlungen im Gange.

✱ **Die Schwierigkeiten unserer Ernährung** waren Gegenstand eingehender Beratungen im Hauptausschuß des Reichstages. Wie Ernährungsminister Dr. Hermes erklärte, sei die Ernte, besonders in Roggen, zwar sehr schlecht gewesen, damit allein ließe sich aber nicht die mangelhafte Ablieferung des Brotgetreides erklären. Die Situation sei außerordentlich ernst. Der Schleichhandel in Mehl nehme einen riesigen Umfang an. Der Minister appelliert an die Landwirtschaft, alles zu tun, was in ihren Kräften stehe, um die Dinge nicht so weiter treiben zu lassen. Die Haferernte sei nicht ungünstig. Sollte in der nächsten Zeit nicht genügend abgeliefert werden, so müsse eben ein Zwangsverfahren zur Ablieferung von Mindestmengen eingeführt werden. Was die Zuckerwirtschaft betrifft, so hat der Minister nie das Bestreben der landwirtschaftlichen Kreise nach der Freigabe des Zuckers verstanden. Käme es zur Freigabe, so würde der Zucker ins Ausland strömen. Die Ernährungsaussichten für den Winter sind schwierig, aber nicht trostlos. Die Schwierigkeiten sind entstanden durch den Übergang von der Zwangswirtschaft in die freie Wirtschaft, und dieser Schritt mußte einmal getan werden, damit die produktiven Kräfte der Nation sich entfalten können.

Kleine Nachrichten.

Ausgleich über die deutsche Kriegsentschädigung.

London. Das Blatt Lloyd Georges, „Daily Chronicle", schreibt in seinem Leitartikel, das Übereinkommen zwischen Frankreich und England über die Festsetzung der deutschen Entschädigungssumme stelle einen Ausgleich dar. Das Blatt hofft, daß durch das Übereinkommen eine bessere Atmosphäre in den englisch-französischen Beziehungen eintreten werde. Die französische Pressefehde gegen England und die englische Regierung habe einen ungeheuren Schaden angerichtet. Auch „Daily News" spricht von einem Ausgleich und befürchtet, daß Frankreich und England von einer Einigung über die Hauptfrage, nämlich über die Höhe der deutschen Entschädigung, noch weit entfernt seien.

Was uns die englische Besatzung kostet.

London. Im Unterhaus erklärte Churchill: Die Kosten für die britische Besatzung am Rhein für das laufende Jahr werden auf 3,6 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Die Gesamtausgaben für das Besatzungsheer betragen vom Waffenstillstandsabschluß bis zum 30. September 1920 ungefähr 61 Millionen Pfund Sterling.

Für König Konstantin.

Athen. Die Parteien der Opposition haben eine Kundgebung veranstaltet, an der Bewohner des Piräus und seiner Umgebung teilnahmen. Roalli, Gunaris und Stratos hielten Ansprachen an die Menge und erklärten, sie müßten Konstantin als den rechtmäßigen König betrachten. In der Stadiostraße kam es zu Ausschreitungen der Menge gegen die Polizisten. Ein Gendarm wurde getötet, ein anderer schwer verletzt. Ein Gendarmerieadjutant und einige Bürger wurden mißhandelt. Die Polizei mußte sich der Feuerwehrpumpen bedienen, um die Menge zu zerstreuen.

Verschiedene Meldungen.

Amsterdam. „Telegraaf" meldet aus London, daß eine beträchtliche Anzahl irischer Freiwilliger von einem Polizeiaufgebot in der Nähe von Bantry (Irland) gefangen genommen wurde. Gleichzeitig wurde eine größere Menge von Waffen und Schießbedarf erbeutet.

Paris. General Franchet d'Esperey ist von seinem Kommando als Befehlshaber der alliierten Armeen im Orient enthoben worden. Das Kommando wird von einem englischen General übernommen.

London. Die Königin von England hat den deutschen Botschafter mit Gemahlin und den österreichischen Botschafter empfangen.

Washington. Staatssekretär Colby kündigt an, daß sich die Vereinigten Staaten nicht an einer Blockade gegen Sowjetrußland beteiligen werden. Amerika lebe nicht in einem Kriege mit Rußland.

Schriftleitung: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf.

Versteigerung.

Am **Montag, den 15. November**, vormittags 10 Uhr findet auf dem Lager der **Firma Carl Brückmann, Hochstraße** der öffentliche Verkauf von

13330 Klg. Tannenbretter

verschiedener Größen gegen sofortige Barzahlung an den Meistbietenden statt.

Güterabfertigung Halver-Stbhf.
Johannes.

Brennholz

bis zu 600 Wag.
zu kaufen gesucht.

Laubholz und reine Buchen.

Angeb. erbittet für 200 Ztr. frei Waggon.

B. Greitemann, Holzhandlung,
Kraghammer.

Modernes Bekleidungshaus, Lüdenscheid

— Kirchplatz 23 —

An der Erlöserkirche.

Wir können billig verkaufen,

erstens, weil wir uns in den stillen Sommermonaten mit Rohwaren noch zu verhältnismässig billigen Preisen eingedeckt haben und zweitens, weil wir unsere Konfektion selbst herstellen.

Nach wie vor empfehlen wir:

Herren-Anzüge	zu Mk.: 850.—, 750.— 650.—, 575.—, 475.— u. 295.—
Herren-Ulster	zu Mk.: 775.—, 650.—, 550.—, 475.— u. 295.—
Marengo-Überzieher	zu Mk.: 775.— u. 590.—
Burschen-Anzüge	zu Mk.: 600.—, 550.—, 475.— u. 295.
Burschen-Ulster	zu Mk.: 575.—, 475.—, 375.— u. 295.
Herren-Hosen	zu Mk.: 170.—, 150.—, 125.—, 105.—, 95.— u. 68.
Loden-Joppen warm gefüttert	zu Mk.: 150.—

Kirchplatz 23. **Modernes Bekleidungshaus, Lüdenscheid.** An der Erlöserkirche

---

Hugo Becker

Am Markt 12 **Wipperfürth** Am Markt 12

empfiehlt zur einsetzenden Wintersaison

Extra schwere Mantelstoffe,

reine Wolle, karriert und uni,

Reine wollene **Cheviots u. Gabardine**

schwere Qualität, für Mäntel u. Kostüme, v. 75 Mk. an.

Kleider- u. Blusenstoffe in Wolle, Halbwolle, Seide, Alpaka.

Bettdecken u. Bettücher in reiner Wolle und Halbwolle.

Sweater und Strümpfe in reiner Wolle.

Herrenhemden in Biber, Normal und Macco mit Einsätzen.

Ferner sämtliche Baumwollwaren.

Nessel, 80 und 160 breit, **Chiffon, Molton- und Körper-Biber, Damast,** 160 breit, **Bettkattun und Bettsiamosen, Schürzensiamosen** in hell und dunkel, **Blauleinen, Handtücher in Gerstenkorn und Damast.**

Nr. 12 — Nr. 12

Besonders billige

Damen- und Herren-Mäntel

195.00 495.00 350.00 245.00

Auswärtige Käufer erhalten Fahrtvergütung

79.00 238.00 185.00 119.00

Verkauf nur 1. Etage. Keine Schaufenster.

Hagen Elberfelderstrasse 12. **Münch-Berg** Hagen Elberfelderstrasse 12.

Empfehle:

Ia. Zigarren u. Zigarillos,

Zigaretten von 25 Pfg. an u. höher,

Strangtabake,

Rauchtabake

in verschiedenen Preislagen.

— Alles garantiert reine Ware. —

H. Löwer, Schalksmühle,

Asenbach 12.

PELZE

Auch in dieser Saison biete meiner werten Kundschaft, wie alljährlich, grosse Vorteile beim Einkauf von Pelzwaren. Reiche Auswahl in allen modernen Pelzgarnituren und Herrenkragen. — Offeriere schöne Pelze von Mk. 70, Mk. 90, Mk. 130, an und höher.

SCHICKE PELZHUETE

Pelzänderungen bei gewissenhafter Ausnutzung des übergebenen Materials. — Für Fahrt von auswärts vergüte Mark 5,—

Pelz-Etagengeschäft H. Büttner, Hagen i. W.

Telephon 2125. — Elberfelder-Strasse 53, II. Et.

Gebr. Schulte, Wipperfürth.

Altes reell. Geschäft f. Manufaktur-, Woll- u. Kurzwaren

Gegründet 1866 — Marktstr. 2—4. — Tel. 15

Billige Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Empfehlen:

einige 100 Stück

Arbeiter-Hemden von 32 Mk. an

ca. 2000 Paar

Strümpfe, Socken u. Handschuhe

zu billigen Preisen.

Extra grosses Lager in nur

Ia. guten Strickgarnen.

Fertig gefüllte **Betten** in versch. Preislagen

Grosse Auswahl in

Blusen- und Kleiderstoffen.

Knaben-Sweater von 8,— Mark an.

Grösstes Lager in **Handarbeiten.**

Die sicherste und schnellste

Hilfe

bei Defekten an

Elektro-Motoren etc.

leistet die

Ankerwickelei 1716.

und Motoren Reparatur-Werkstatt

Gebr. Turck, Halver, Berlinerstr. 20. Telef. 35.

Eigenes Prüffeld für Gleich- u. Drehstrommotore. Lager in gebr. und neuen Motoren. Prima Motorenöl verrätig.

Leihweise Ueberlassung von Motoren.

---

1 Paar

neue Herrenschuhe

billig zu verkaufen.

Zu erfahren bei Paul Bungenberg, Kierspe-Bhf

Stoffe

für

Anzüge . Paletots Ulster . . Hosen . .

bekannt billige Preise.

Grösstes Tuchhaus am Platze.

Rosenberg & Meyer

Hagen i. W.

Humboldtstr. 6. — Tel. 3979.

Kranken- und Sterbekasse Halver.

Sonntag, den 14. Novbr.

Quartal-Auflage.

Um pünktliche Bezahlung der Beträge ersucht

Der Vorstand.

Einige jüngere

Mädchen

14—18 jährig

für leichte Arbeit gesucht

Erich Wippermann

Fabrik elektrotechnischer Isoliermaterialien

Halver.

Erhalte in den nächsten Tagen einige Waggon

Runkeln und gelbfleisch. Steckrüben.

Nehme noch Bestellungen entgegen, auch in

Kainit, Thomasschlacken

und in

Pflanzkartoffeln

(Up to date).

Carl Cleve, Oberbrügge.

Evangel. Gemeinde Halver.

Sonntag, den 14. November.

Vorm. 9½ Uhr: Abendmahlsfeier Pastor Dr. Große-Dresselhaus.

Vorm. 10½ Uhr: Predigt Pastor Dr. theol. Dresbach.

Nach dem Gottesdienst: Sitzung der größeren Gemeindevertretung.

Kindergottesdienst fällt aus.

Mittwoch den 17. November (Buß- und Bettag)

Vorm. 10½ Uhr: Predigt Pastor Dr. theol. Dresbach.

Donnerstag abend 8 Uhr Vorbereitung für den Kindergottesdienst.

Freitag abend 8½ Uhr: Kirchlicher Posaunenchor.

Evangel. Vereinshaus Halver.

Sonntag, den 14. November.

Nachm. 1½ Uhr: Sonntagsschule.

Nachm. 4½ Uhr: Bibelstunde.

Nachm. 5¾ Uhr: Frauen- und Jungfrauen-Verein.

Abends 8¼ Uhr: Jünglings-Verein. Vortrag über Schiffsbau.

Donnerstag abend 8¾ Uhr: Blaukreuz, Bibelbesprechung.

Samstag abend 8¾ Uhr: Allianz-Gebetstunde.